

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amteblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 301.

Mittwoch 30. Oktober 1907.

101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

- Im sächsischen Landtage wurde gestern die Reform der Ersten Kammer erörtert.
Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Kramer-Wehler ist gestorben.
„Zeit-Pariser“ macht über eine Begegnung, die 1904 zwischen Kaiser Wilhelm undoubet stattfand, bemerkenswerte Mitteilungen.
Die französische Kammer begann gestern die Beratung des Budgets.
„Dampfboten“ schlägt, wie aus Drontheim gemeldet wird, die Bildung eines Michelsenfonds, dessen Zweck Michelsen selbst bestimmen soll, vor.
Der finnische Landtag nahm den Antrag des Verfassungsausschusses, betreffend Vermittlung von 20 Millionen aus finnischen Staatsmitteln an die russische Staatskasse, an.
Der König und die Königin von Spanien sind gestern von Cherbourg aus in See gegangen.
Der Rechtsanwalt Graf Mattaroli ist gestern mit der Prinzessin Via Riccia von Florenz nach Deutschland abgereist.
In Lindenau, Hebelstraße 17, fand gestern nachmittag eine Gasexplosion statt.
Aus Brancalona (Kalabrien) wird gemeldet: Gestern gegen 6 Uhr ereignete sich ein starker Erdstoß.

Der Prozeß.

Bei dem Prozeß des Grafen v. Wolff gegen Harden hat sich gezeigt, daß in sehr weiten Kreisen Partei gegen Harden genommen wird.
Und dieses Gefühl, denn darum handelt es sich, ist, vergleichsweise, weit schärfer ausgeprägt als bei den meisten, die als Politiker den unmittelbaren Eindruck der Verhandlung hatten.
Die Erklärung hierfür liegt wohlwahrnehmlich darin, daß das Publikum über den Sensationswert des politischen Bedeutung des Prozesses übersehen hat.

Prozeß hat nur, ob es berechtigt ist, absolut einen Haß in die Wüste schiden zu wollen.
Es ist doch immer daran festzuhalten, daß erst der Prozeß und nicht etwa Harden selber die Lust mit den widerlichen Dämonen erfüllt hat.
Und den Prozeß hat nicht Harden angestrengt, sondern der Kläger.
Am den Gegenstand der Klage hat sich eigentlich kaum jemand bemerkt.
Die meisten in Betracht kommenden Sätze, die sich auf viele Momente verteilen, waren überhaupt nur für ganz wenige Menschen verständlich.

aus wertvolle politische Arbeit geleistet hat, ist ja gar nicht zu bestreiten.
Der Liebenberger Einfluß ist für alle Zeiten geblieben und mit der Romantik ist aufgeräumt.
Harden selbst hat sich mit der ganzen Festigkeit seines Temperaments im Prozeß dagegen gewehrt, etwa noch andere Motive, journalistische oder noch größer materielle, gehabt zu haben.
So ganz zweifellos will das nicht scheinen.
Und wenn diese Triebkräfte auch nur gewissermaßen im Unterbewußtsein des Autors gebirgt haben, so deuten doch auf ihre Existenz mancherlei Zeichen.

Eins freilich ist heute schon sicher: Neue Prozesse gleichen Inhalts werden nicht wieder in aller Öffentlichkeit behandelt werden.
Und man mag den Segen der Öffentlichkeit so hoch schätzen, wie man will, so wird man doch billigen müssen.
Auch der wütendste Demokrat kann nicht wünschen, daß um des schönen Prinzings willen das ganze Volk mit diesem Karat belästigt wird.

Die Frage der Verurteilung. Der Anwalt des Grafen Wolff, Justizrat Dr. v. Gorbun, erklärte auf eine Anfrage, ob er Verurteilung einleiten werde: „Ich kann jetzt eine bestimmte Erklärung darüber noch nicht abgeben.“
Nach dem Gange der Verhandlung und der Haltung der klägerischen Partei ist aber kaum anzunehmen, daß sich Graf Wolff mit dem freisprechenden Urteil begnügen wird.
Wie man von anderer zuverlässiger Seite hört, wird zurzeit die Frage erwogen, ob die Klage gegen Harden nunmehr von der Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse weiter verfolgt werden soll, nachdem der Staatsanwalt in einem früheren Stadium bekanntlich eine solche Verfolgung abgelehnt hatte.

Vom bayerischen Landtag.

Aus München wird uns geschrieben:
Der erste Monat der Session ist einem in der bayerischen Volksvertretung geistlichen Herrkommen gemäß, fast ohne Laten verlaufen.
Um so mehr wäre von Nutzen zu erzählen, nicht Sitzungen hat diesmal die Generaldebatte über das Budget beansprucht, ihr größter Teil wurde durch Parteipolemik ausgefüllt, der insbesonderen der Zentrumslösung Dr. Schöber eine dreistündige Rede von beispielloser Langweiligkeit mitgab.

Wip befreit auf, und ihre peinliche Verlegenheit konnte nun hinter kümmerlichem Beifall verstreut werden.
Denn Dr. Heim hatte mit beidem, blutigem Lobne den konservativ-aristokratischen Flügel des Zentrums, voran die abligen Mitglieder und seinen Antipoden Dr. Fischer, überlassen, wie es selbst dem rückständigsten aller Parlamentarier bisher kaum noch zu Gebote stand.
Und in sehr wichtigen Fragen bekannte er sich offen als im Gegensatz zur Zentrumspolitik.
Um nur ein Beispiel zu geben: Dr. Fischer, der allmächtige Verkehrreferent, batte, um zu beweisen, wie unendlich ein Gemeinwohlverhältnis für Bayern sei, und um sich daneben über die in erster Linie zu glorifizieren, den Stand der Eisenbahnen in unglücklich glänzender und den Tatsachen leider nicht entsprechender Beleuchtung erscheinen lassen und auf den Verkehrminister einen im Parlament kaum noch gebürten Vandalismus anstellte.

Unter diesen hat Dr. Hei in einen großen Sieg außerhalb des Parlaments errungen.
Sein neuester Plan, die Dienstboten und Arbeiter auf dem Lande zu organisieren, ein Plan, bei dem ihm zum größten Teile politische Ziele leiten — macht es das Zentrum nicht, dann machen es die Sozialdemokraten — ist in den Reihen des Zentrums, namentlich bei den abligen Gutbesitzern, auf großen und berechtigten Widerspruch gestoßen.
Insbesondere hat sich aber auch der bayerische Landwirtschaftsrat dagegen ausgesprochen.
Auch sprach Dr. Heim, wie schon kurz berichtet wurde, vor einigen Tagen über die Frage in einer Generalversammlung der oberbayerischen christlichen Bauernvereine und erntete stürmischen Beifall und die Auszeichnung, zum ersten Ehrenmitglied ernannt zu werden.
Die Versammlung ließ so melden die Berichte, mit einem Doch auf Dr. Heim und dann auf den Bringspenden.
In dieser Versammlung hatte nun der Bauernvorkter wieder die schärfsten Angriffe gegen seine Gegner im Zentrum gerichtet, aber keiner hatte den Mut, ihm mit einem Worte entgegenzutreten.
Ja, im Gegenteil, der Abg. Frdr. v. Freyberg versicherte, mit ihm einverstanden zu sein, und da Dr. Heim die Eröbung ausstieß, er werde der Partei den Rücken kehren, ohne ein Ueberläufer zu werden, da wurde ihm sofort von dem gleichen Abgeordneten der schärfste Beifall aller ausgesprochen, wieder die Versammlung feiern zu können.

Doch zum Landtag und der Generaldebatte zurück.
Selbstverständlich wurde die Stellung Bayerns im Reich betingegen und eben selbstverständlich von ultramontanen und sozialdemokratischen Seite wieder das bekannte Klagegeklör über den nachwachsenen Einfluß Bayerns und die „Verdrängung“ angestellt.
Auch gibt es auch andere Leute, die da glauben, daß Stellung und Einfluß Bayerns unter dem Ministerium Rodewils sich nicht auf der früheren Höhe behauptet haben, allein die auf blindem Haß gegen Bayern beruhenden, durch nichts bewiesenen Anklagen konnte Frdr. von Rodewils mit Leichtigkeit und gutem Rechte entkräften.
Für Würdigung schwer leidender Angriffe auf Freuchen hatte er sich mehrere Tage Zeit gelassen.

Der Ministerpräsident schwur auch wieder Stein und Wein, daß die Regierung in vollster Unabhängigkeit dem Zentrum, nur der Pflicht und dem eigenen Triebe gehorchend, ihres Amtes walte.
Sämtliche Exzellenzen bewahrten bei diesen Redenungen ihren Ernst, und das Zentrum spendete lebhaften Beifall.
Warum sollte es auch nicht?
Trifft doch die „in reiflicher Prüfung“ gemonnene Ueberzeugung der bayerischen Staatsregierung in merkwürdiger roemlichiger Ueber-einstimmung mit den Wünschen der bayerischen Partei zusammen.
Wozu sollte sich das Zentrum in Unkosten stützen und etwa auch noch die Verantwortlichkeit für die Regierung übernehmen?
Tut's doch diese für das Zentrum.
Wie vorhin schon dieses behaupten muß, um sich nicht der allerhöchsten Inaufrichtigkeit auszusprechen, daß für die Frage der Feuerbestattung ein treffliches Beispiel.
Die Regierung hat sich, da die Ultramontanen nicht für das Verbrennen von Leichen sind, auf das Polizeistrafgesetzbuch, in dem nur von „Beerdigen“ gesprochen wird — schier 40 Jahre ist es alt.
Es framstofflich sie nun auch zunächst an dieser künstlichen Auslegung festhält, so konnte der neue Minister des Innern Brettreich, der in seinem Ressort sehr wichtig ist, anstatt der großen Annahme der Reicheneinsparungen in auswärtigen Krematorien doch nicht verhehlen, daß man den bisherigen Aufwand nicht in alle Unwissenheit belassen könne.
Da kam er bei Herrn Dr. Schöber schön an.
Ebenfalls hat dieser aber trotz aller Schamkeit der Regierung, wenn es ihr Ernst wäre, den Weg anzuzeigen.
Denn auf er schloß sich der Meinung an, daß die Verurteilung auf das Polizeistrafgesetzbuch sei, es handle sich aber um eine geistliche christliche Sünde.
Die Regierung wird sich aber gewiß den Rüssel zu Herzen nehmen und so etwas nicht mehr — tun.

Bezüglich der Vertriebsmittel- und Wagnisgemeinschaft wiederholte der Verkehrminister seine Mitteilungen.
Es sieht ja sehr, daß Bayern auf die ihm gestellten Bedingungen nicht eingehen konnte, an denen nicht der bayerische Eisenbahnminister, sondern sein Kollege von den Finanzen die Schuld trägt.
Sollen doch, was Herr von Frauenborck nicht sagte, sogar die in das Gemeinwohlamt delegierten Beamten unter preussischer Disziplinargewalt stehen.
Freuchen, das auch in der für Bayern unendlich wichtigen Frage der Wainfantalisation sich durchaus nicht so bundesfreundlich erweist, wie Frdr. von Rodewils versicherte, vertritt hier über dem finanziellen Interesse völlig seine nationale Mission.
Aber auf der anderen Seite kommt in Bayern diese Haltung gar nicht so unwillkommen.
Das Zentrum will keine Gemeinschaft, in den obersten Regionen fürchtet man auch die Einbuße an „Selbstständigkeit“, und so muß der Verkehrminister, der früher ein sehr eifriger Anhänger der Idee war, auch nicht wollen.
Für Bayern aber rückt jetzt, wo Großherzog Friedrich von Baden, der ein entschiedener Gegner einer Eisenbahngemeinschaft nach preussisch-bayrischer Vorbild war, die Augen geschlossen hat, die Gefahr der Isolierung im Süddeutschland immer näher.

Ein sehr befriedigendes Resultat hat die Generaldebatte ergeben: die Verbesserung der Beamten, Geistlichen, Lehrer und Arbeiter in Staatsbetrieben ist gesichert.
Der Finanzminister nahm wegen der drei letztgenannten Kategorien das Zentrum sehr geschickt beim Wort und sicherte so besten Ueberwachung die Einbringung von Vorlagen an, für deren Durchführung eine Steuererhöhung nicht zu umgehen ist.
Unangenehm für die Weite sucht das Zentrum, das selbst eine völlig unbestimmte Haltung einnahm, die Liberalen der Gegnerschaft zu beschuldigen.

Die abgelaufene Woche brachte noch eine Beratung über einen sozialdemokratischen Antrag, der die Verleihung des Bürgerrechts in den Gemeinden mit dem Erwerbe der selbständigen Heimat verknüpfen und für die Gemeinbewohner das System des Proporz, wie man in Württemberg so schön sagt, eingeführt werden will.
Nur die Liberalen traten dafür ein.
Dem Zentrum sprach jeder Redner nur für seine Person und jeder anders.
Es möchte nämlich die Einrichtung nur in den größeren Städten, wo überall die Gemeinverteilungen sich in liberalen Händen befinden.
Bemerkenswert war, daß sich der Minister des Innern für die, wenn auch nicht sofortige Einführung der Verhältnisse aus sprach und dabei die Verbindung mit der Wahlpflicht ermahnte.
Ebenso erklärte er sich für einen liberalen Antrag, der den

Vertical text on the left margin containing various numbers and small text fragments.

Vertical text on the right margin containing various numbers and small text fragments.